



**Stadtkreisverband
Ludwigshafen am Rhein**

Arbeiterwohlfahrt
Stadtkreisverband Ludwigshafen e.V.
Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE)
Fachdienst für Migration und Integration (MFI)
Verfahrensberatung für Asylsuchende
Migrantenberatung
Kurt - Schumacher – Haus, Maxstraße 65
67059 Ludwigshafen
Tel: 0621 518015
Fax: 0621 5292156
Homepage: www.awo-lu.de
mail: vorstand@awo-lu.de

Jahresbericht 2018

Inhalt

- 1. Vorwort – 100 Jahre AWO, Leitbild**
- 2. Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE)**
- 3. Migrationsfachdienst (MFI) und Asylverfahrensberatung**
- 4. Allgemeine Sozialberatung**
- 5. Bevölkerungsentwicklung und Arbeitslosenquoten in
Ludwigshafen und Frankenthal**
- 6. Netzwerkarbeit und Kooperationen**
- 7. Fortbildungen, Seminare und Fachtagungen**
- 8. Personelle Besetzung und Kontaktdaten**

1. Vorwort – 100 Jahre AWO

Anlässlich der Jahrestagung der AWO Migrationsdienste im September 2018 hielt Frau Brigitte Döcker, Vorstandsmitglied im Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt, die Eröffnungsrede.

Sie fasste das Selbstverständnis der AWO wie folgt zusammen:

„Die Arbeiterwohlfahrt ist ein Träger der Sozialen Arbeit und ein fachpolitischer Verband, der mit einer Erfahrung von ... hundert Jahren daran arbeitet, die Grundwerte der Solidarität, der Toleranz, der Freiheit, der Gleichheit und der Gerechtigkeit in Taten umzusetzen. Wir tun das in einer sich schnell verändernden Welt.

....

In der Einwanderungsgesellschaft sollen alle Menschen unabhängig von materieller Lage, sozialer Herkunft, Religion und Kultur entsprechend ihren individuellen Bedürfnissen in den sozialen Einrichtungen unterstützt werden. Migrationssozialarbeit heißt für uns, dass Menschen in ihren Stärken, Fähigkeiten und ihrer Einzigartigkeit befähigt werden, ihr Leben selbst zu gestalten.

...

Die Arbeiterwohlfahrt feiert 2019 ihren hundertsten Geburtstag. Seit ihrer Gründung setzt die AWO auf Hilfe zur Selbsthilfe. Die Gründerin der Arbeiterwohlfahrt, Marie Juchacz, hat vor 100 Jahren für eine gerechtere Welt gekämpft und Partei für Ausgegrenzte ergriffen. Auch in den Bereichen der Migration und der interkulturellen Öffnung bauen wir auf ihrer Arbeit auf – gerade dann, wenn wir über Qualität und Verantwortung diskutieren.“ (aus: Jahrestagung der AWO-Migrationsdienste 2018, Ergebnisdokumentation, S. 6 und 7)

In dieser Tradition verstehen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Beratungsstelle für Zuwanderer ihren Arbeitsauftrag: Hilfe zur Verselbständigung in einer neuen Umgebung, Einstehen gegen Unrecht und Ausgrenzung und für Toleranz, Verständnis für die Probleme und Achtung vor den Fähigkeiten und Kompetenzen der Ratsuchenden.

Wichtig ist uns eine gute, rasche Erreichbarkeit sowie kompetente Beratung basierend auf ständiger Fortbildung und interkultureller Kompetenz durch qualifiziertes, mehrsprachiges Personal.

Wir beraten an zwei Standorten – Ludwigshafen und Frankenthal - und mit unterschiedlichen Schwerpunkten, je nach den Lebenslagen der Klientel.

Zu uns kommen Geflüchtete die bereits Aufenthaltserlaubnis haben oder die noch in verschiedenen Stadien eines Asylverfahrens sind.

Die Metropolregion ist außerdem nach wie vor das Ziel von vielen ArbeitsmigrantInnen sowohl aus den EU-Beitrittsländern im Südosten und Osten Europas als auch noch immer von Zuwanderern aus den früheren Anwerbeländern in Südeuropa.

2. Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE)

Das Ziel dieses Beratungsangebotes ist es, Zugewanderte mit einem auf Dauer angelegten Aufenthalt beim Zurechtfinden und Einleben in Deutschland zu unterstützen, insbesondere in Bezug auf das Erlernen der deutschen Sprache als Ergänzung zum Besuch der Integrationskurse, beim Zugang zu Bildungsangeboten und beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten, auch bei Fragen zu Wohnen und Gesundheit, Familie und Erziehung (Förderrichtlinien zur Durchführung der MBE, 2016).

Seit 2015 können auch Asylbewerber aus Ländern mit guter Bleibeperspektive (d.h. aus Syrien, Iran, Irak, Eritrea und Somalia) während des Besuchs eines Integrationskurses die Beratung der MBE in Anspruch nehmen.

Im Jahr 2018 war das Hauptanliegen der anerkannten Geflüchteten die Familienzusammenführung, für deren Umsetzung eine Abfolge von Schritten notwendig ist, die, wie z.B. die fristwahrende Anzeige und eine Terminvereinbarung bei der deutschen Botschaft, online erfolgen müssen. Dazu und beim weiteren Vorgehen brauchen viele Menschen die Unterstützung einer Beratungsstelle.

Zum weiteren Vorgehen wurden Kontakte zu den deutschen Auslandsvertretungen aus- bzw. aufgebaut, ebenfalls zu den MitarbeiterInnen der Familienunterstützungsprogramme des IOM, die an immer mehr Standorten im Nahen Osten und in afrikanischen Ländern eingerichtet werden. Sie unterstützen ihrerseits die nachzugswilligen Familienangehörigen bei Kontakten zur Botschaft und beim Zusammenstellen der erforderlichen Dokumente.

Die Nachfrage von EU-Angehörigen nach Informationen über und Weiterleitung zu Integrationskursen bzw. zur Bewertung von schulischen und beruflichen Abschlüssen ist unvermindert groß, wir legen großen Wert auf eine umfassende Beratung dieser Gruppe von Zuwanderern, die oft zu dieser Gelegenheit

das erste Mal mit einer Beratungsstelle in Kontakt kommen.

Viele Ratsuchende aus den EU-Ländern haben eine Berufsausbildung oder ein Studium in ihrem Heimatland absolviert. Für ihre berufliche Integration ist eine intensive Beratung und Unterstützung bei der Zeugnisbewertung und beim Anerkennungsverfahren von großer Bedeutung, da die Anerkennung von Zeugnissen und Berufsabschlüssen aus dem Heimatland natürlich die Chancen auf eine schnelle Eingliederung in den Arbeits- bzw. Ausbildungsmarkt erhöht.

Besondere Problemlagen:

Die Suche nach einer bezahlbaren Wohnung ist ein immer größer werdendes Problem in der Beratung. Laut einer Pressemeldung der Rheinpfalz vom 21. Juni 2018 braucht Ludwigshafen 7.200 Wohnungen. Die Region ist allgemein sehr beliebt, wir stellen eine starke Binnenmigration aus strukturschwachen Regionen Deutschlands fest, das Argument ist immer die Hoffnung auf einen Arbeitsplatz. Eine Umstellung von Bewerbung um eine Wohnung von Papierform auf Online-Bewerbung einer großen Wohnungsbaugesellschaft in Ludwigshafen benachteiligt einige Gruppen unserer Klientel zusätzlich.

Die Suche nach Kinderbetreuungsangeboten, um den Besuch von Integrationskursen zu ermöglichen, ist ein weiterer „Dauerbrenner“ im Beratungsalltag. Es fehlen nicht nur Kurse mit Kinderbetreuung, allgemein ist der Mangel an KiGa und KiTa-Plätzen ein großes Problem für junge Familien. Viele der jungen Frauen, die uns ansprechen, wollen arbeiten und sind enttäuscht, dass ein modernes Land wie Deutschland Frauen mit Kindern dazu so wenige Möglichkeiten bietet.

Ein weiteres Thema, das immer wieder an uns herangetragen wird, ist die Schulfrage. Kinder, die in den Herkunftsländern in Gymnasien waren, werden häufig in die Realschule Plus eingeschult, da es zu wenig Förderkurse an weiterführenden Schulen gibt. SchülerInnen und Eltern wünschen sich einen Übergang auf ein Gymnasium bzw. eine „richtige“ Realschule, das scheitert leider häufig an

entsprechenden Fördermöglichkeiten der weiterführenden Schulen.

Probleme entstehen bei der Arbeitsaufnahme somalischer Klienten, die in Somalia geheiratet haben. In Somalia geschlossene Ehen werden z.Zt. in Deutschland nicht anerkannt. Die Männer werden nach Steuerklasse 1 eingestuft, die Ehefrauen nicht über die Ehemänner krankenversichert.

Weitere Themen in der Beratung:

- Fragen zum Aufenthaltsrecht, vor allem zur Aufenthaltsverfestigung (Voraussetzungen für die Erteilung von Niederlassungserlaubnis, EU-Daueraufenthalt bzw. Einbürgerung)
- Fragen zum Anspruch auf Sozialleistungen (Leistungen nach SGB II und SGB XII, Wohngeld und Kinderzuschlag)
- Fragen zum Kindergeld, Elterngeld und Betreuungsgeld
- Fragen zur Krankenversicherung und zum Schwerbehindertenrecht
- Rentenangelegenheiten
- Schuldenprobleme
- Erziehungsfragen
- Trennung und Scheidung, Sorge- und Umgangsrecht
- Hilfe bei sozialen und familiären Problemen.

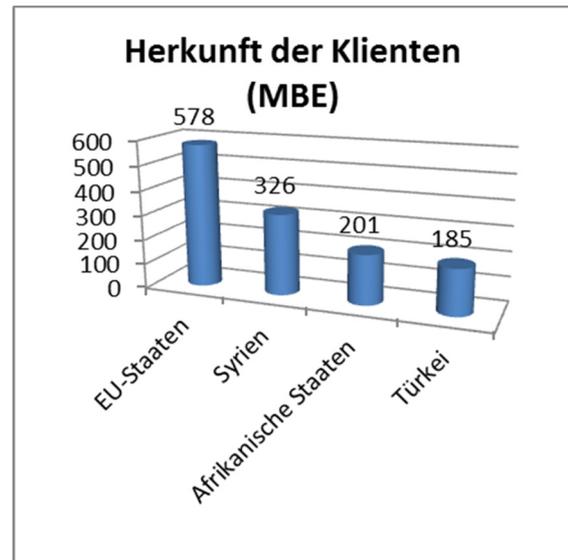
Statistische Daten (MBE in Ludwigshafen und Frankenthal):

Die Zahl der Ratsuchenden blieb im Jahr 2018 weiter auf sehr hohem Niveau. Im Berichtszeitraum wurden insgesamt 1.383 Personen aus verschiedenen Ländern durch die beiden MBE-Fachkräfte in ca. 3200 Beratungsgespräche unterstützt.

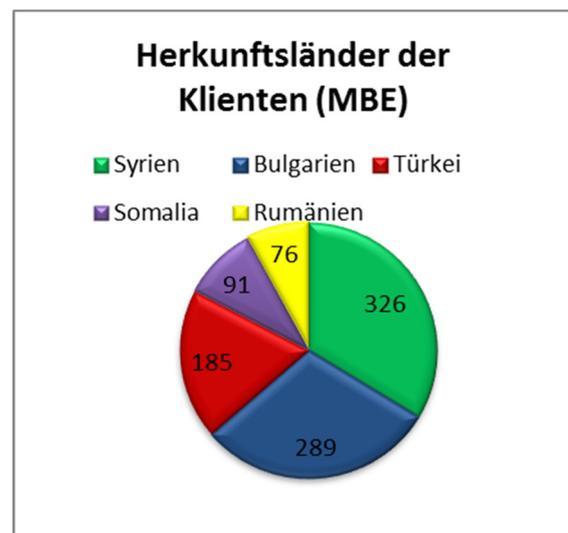
Bemerkenswert ist die hohe Anzahl der Erstberatungen, 482 Personen haben 2018 zum ersten Mal unsere Beratungsstelle aufgesucht.

Nach der KIBNET-Statistik, die die MBE-Fachkräfte für das BAMF führen müssen bildeten im Berichtszeitraum die EU-Bürger mit 578 Personen die größte Gruppe unserer Klientel. Die Mehrzahl von ihnen stammt wie

auch in Vorjahren aus Bulgarien, ihre Zahl ging 2018 leicht zurück, während die Zahl der Ratsuchenden aus anderen europäischen Ländern (z.B. Rumänien, Italien, Kroatien, Griechenland, Polen und Ungarn) anstieg.

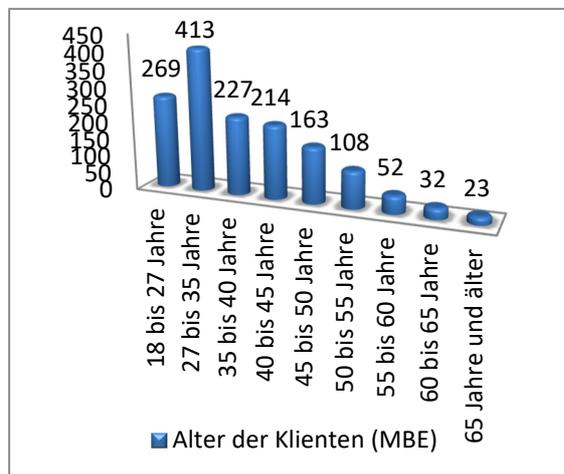


Geflüchtete aus Syrien haben 2018 nach der KIBNET-Statistik die Zuwanderer aus Bulgarien vom ersten Platz verdrängt. Die Zuwanderer aus Bulgarien belegten im Jahr 2018 mit 289 Personen den zweiten Rang. Migranten aus der Türkei standen mit 185 Personen auf dem dritten Platz, es wenden sich zunehmend Geflüchtete aus der Türkei an unsere BeraterInnen. Weitere große Gruppen, die im Berichtszeitraum die MBE aufgesucht haben, sind u.a. Zuwanderer aus Rumänien (76 Personen), dem Irak (57 Personen), Afghanistan (35 Personen) und Indien (22 Personen).



Ein weiterer bedeutender Anteil der Klientel (201 Personen) stammte aus afrikanischen Ländern, vor allem aus Somalia (91 Personen), Eritrea (25 Personen) und Nigeria (28 Personen).

Das Durchschnittsalter aller Klienten der MBE ist 38,0 Jahre, der Großteil der Ratsuchenden sind jungen Menschen zwischen 27 und 35 Jahren (413 Personen). Bemerkenswert ist auch der hohe Anteil jüngerer Menschen unter 27 Jahren, dies ist auf die Beratung junger Zuwanderer aus EU-Ländern und von anerkannten jungen Geflüchteten aus Syrien, dem Irak und Somalia zurückzuführen. Die Gruppe der jungen MigrantInnen zwischen 18 bis 27 Jahren war mit 269 Personen die zweitgrößte Gruppe der Klientel.



Es haben nur 107 Erwachsene über 55 Jahren die Beratungsstelle aufgesucht, damit ist diese Zahl weiterhin rückläufig.

Gruppenveranstaltungen:

Im Jahr 2018 haben wir zwei Gruppen-Informationsveranstaltungen zu den Themen Verbraucherschutz und Pflege durchgeführt. Vor allem Personen aus Syrien, Bulgarien und der Türkei waren daran interessiert. Die Veranstaltungen wurden mehrsprachig durchgeführt (Deutsch/ Arabisch/ Türkisch).

3. Migrationsfachdienst (MFD) und Asylverfahrensberatung

Es handelt sich dabei um ein Programm, das aus Landesmitteln (Reinlandpfalz) finanziert wird und das mit je einer halben Stelle in Ludwigshafen und in Frankenthal vertreten ist.

Zielgruppen: Anerkannte Geflüchtete, Asylsuchende, Geduldete, EU-Bürger, Drittstaatler, Familienangehörige von EU-Bürgern, Menschen mit ungeklärtem Aufenthaltsstatus.

Die Beratungsthemen im Jahr 2018 waren nach wie vor Asylrecht, Sozialleistungsbezug, aufenthaltsrechtliche Fragen, Bleiberechtsregelungen, Wohnraum, Dublin-Verfahren, Abschiebeschutz, Familienzusammenführung, Arbeitssuche, Wohnungs- und Mietprobleme, SGB II- Leistungen, Kinder- und Elterngeld, Krankenversicherung, Erstellung von Lebensläufen, Spracherwerb, aber auch Praktikum, Arbeitsmarktzugang und Ausbildungsplatzsuche.

Nicht selten wurde auch eine telefonische Beratung in Anspruch genommen.

Bei akuten Fällen (Asyl, Abschiebung, Fristensachen, Sanktionen vom Jobcenter) wurde eine kurzfristige Terminvereinbarung gewährleistet.

Schwerpunkt: Strukturelle Integrationsförderung (MFD):

Dieses Jahr war bürgerschaftliches Engagement der Schwerpunkt des Fachdienstes. Die Unterstützung durch ehrenamtlich tätige MitbürgerInnen ist insbesondere im Flüchtlingsbereich sehr wichtig, dafür wird eng mit Ehrenamtlichen und Integrationslotsen der Stadt Ludwigshafen kooperiert. Der Aufgabenbereich der Flüchtlingssozialarbeit und der Stellenwert einer professionellen Beratung wurde immer wieder in gemeinsamen Sitzungen thematisiert, so dass viele Ehrenamtliche die Klienten auf das Beratungsangebot des Migrationsfachdienstes verweisen.

Viele Migranten, vor allem anerkannte Geflüchtete, zeigten großes Interesse an Kontakten zu Einheimischen, die Beratungsstelle unterstützte daher einige Projekte, um einen Austausch zu ermöglichen.

Schwerpunkt: Individuelle Integrationsförderung:

Eine schnelle und langfristige Eingliederung in den Arbeitsmarkt steht stets im Vordergrund

der Migrationsarbeit, dabei werden Bildung und Sprachförderung als Schlüssel für die Integration angesehen. Auch der MFD ist bemüht, MigrantInnen so schnell wie möglich in Integrationskurse zu vermitteln und, falls vorhanden, ausländische Qualifikationen bewerten zu lassen. Viele Ratsuchende, vor allem diejenigen mit guter Schulbildung, erreichten schnell das Ziel des Integrationskurses bzw. das B1 Sprachzertifikat. In den meisten Fällen war aber dieses Sprachniveau für den deutschen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt leider nicht ausreichend. Am Ende des Integrationskurses war dann ein Folgekurs B1 - Brückenkurs/B2 notwendig, um die deutsche Sprache zu verbessern und zu vertiefen.

Leider waren unter den motivierten Teilnehmer auch solche, die lernungewohnt waren, nur wenige Jahre oder nie die Schule im Heimatland besuchen konnten und zunächst einen Alphabetisierungskurs benötigten. Für diese Zielgruppe war das Erreichen des B1 Sprachzertifikats sehr schwierig.

Wenn das notwendige Sprachniveau erreicht war, wurden MigrantInnen über Möglichkeiten der Suche nach einem Arbeits- oder Ausbildungsplatz informiert bzw. dazu motiviert sich neu zu orientieren und entsprechende Weiterbildungskurse zu besuchen. Die Klienten wurden außerdem bei der Erstellung von Bewerbungsunterlagen unterstützt und oft auf das erste Bewerbungsgespräch vorbereitet.

Verfahrensberatung für Asylsuchende

Asylbewerber, Menschen mit Duldung oder mit ungeklärtem Aufenthaltsstatus erhielten ausführliche Auskunft über Gesetzesänderungen und Bleiberechtsregelungen.

Die Bleibeperspektiven nach einer Ablehnung des Asylantrags und die Sicherung des Aufenthalts standen auch in diesem Jahr im Mittelpunkt der Beratung. Neu angekommene Asylsuchende wurden über Ablauf, Dauer und Inhalt ihres Asylverfahrens ausführlich beraten, konkrete Fragestellungen und Problemlagen rechtzeitig geklärt (Krankheit, Traumatisierung) und im Falle einer Ablehnung des Asylgesuchs

Hilfestellung zu einem möglichen Rechtsschutz gegeben.

Die meisten Asylsuchenden sind natürlich der deutschen Sprache zunächst nicht mächtig, deshalb steht das Erlernen der Sprache und eine rechtzeitige Vermittlung in geeignete Deutschkurse auch für diese Zielgruppe im Vordergrund. Hierzu leistet die Volkshochschule der Stadt Ludwigshafen einen wichtigen Beitrag, indem sie in regelmäßigen Abständen kostenlose Deutschkurse in unterschiedlichen Stufen anbietet.

Die Vorbereitung auf die Gerichtsverhandlung und das weitere Vorgehen bei der Ablehnung eines Asylantrages waren 2018 die wichtigsten Themen. In Kooperation mit RechtsanwältInnen wurden die Ratsuchenden auf den Beratungstermin vorbereitet und anschließend qualifiziert weiterberaten. Einige abgelehnte Asylbewerber konnten mit Hilfe der Beratungsstelle eine Ausbildungsstelle z.B. im Pflege- oder Gastronomiebereich finden und so ihre Bleibeperspektive verbessern.

Statistische Daten (MFD Ludwigshafen)

2018 wurden insgesamt 426 Menschen beraten und über 1.200 Beratungsgespräche geführt (ohne Kurzberatungen und Gruppenberatungen).

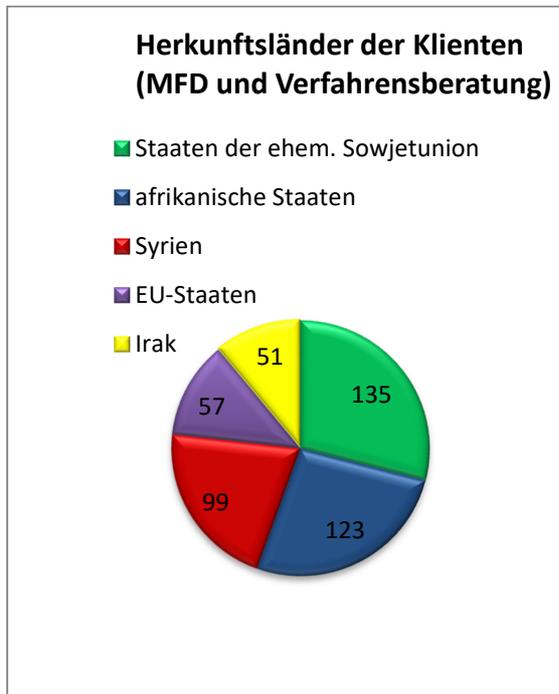
Über 60% der Klienten waren männlich, zwischen 25-45 Jahre alt, 40% weiblich. Die Mehrheit der Ratsuchenden besuchte mehrmals die Beratungsstelle, da oft komplexe Problemkonstellationen vorlagen und eine langfristige Beratung erforderlich war.

Die Hauptherkunftsländer waren Syrien, Irak, Somalia, Eritrea, Aserbaidshan, Russland, Georgien, Afghanistan, Bulgarien und Armenien.

Statistische Daten (Verfahrensberatung Frankenthal)

Im Jahr 2018 wurden in diesem Arbeitsgebiet insgesamt 110 Menschen beraten und 435 Beratungsgespräche geführt (die Beratungen kurzer Dauer sowie Gruppenberatungen wurden nicht in die Statistik aufgenommen). 64% der Klienten waren männlich, zwischen

25-45 Jahre alt und 36% weiblich. Die Mehrheit der Ratsuchenden besuchte mehrmals die Beratungsstelle, da oft komplexe Problemkonstellationen vorlagen und eine langfristige Beratung erforderlich war. Die Hauptherkunftsländer waren Syrien, Somalia, Armenien, Aserbaidschan, Russland und Georgien.



Die im Bericht 2017 kritisierte Situation im Sozialamt Frankenthal konnte mittlerweile durch eine gelungene Kooperation von Stadtverwaltung, Ehrenamtlichen und BeraterInnen bereinigt werden.

4. Allgemeine Sozialberatung

Die Stelle der allgemeinen Sozialberatung wird aus städtischen Mitteln finanziert und ist mit einer Mitarbeiterin in Teilzeit vertreten. Die meistgefragten Themen im Jahr 2018 waren Arbeit- und Wohnungssuche, Aufenthalts- und Arbeitsrecht, Soziale Leistungen, Zugang zu den Sprachkursen und zu anderen Bildungsangeboten, Asylverfahren, Ausbeutung, freiwillige Rückkehr sowie Scheidung, Gewalt in der Familie und Gesundheit.

Statistische Daten:

Im Vergleich zum letzten Jahr sind die Beratungszahlen deutlich gestiegen. Das Beratungsangebot nutzten überwiegend albanische, kosovarische und mazedonische

Staatsangehörige, aber auch EU-Bürger insbesondere aus Griechenland, Italien und Drittstaatsangehörige mit Daueraufenthalt EU kamen häufig in die Beratungsstelle. Insgesamt wurden 560 Klienten beraten und 982 Beratungsgespräche durchgeführt. Davon waren ca. 60% männliche und 40% weibliche Klienten.

Problemfelder:

Der Unterstützungsbedarf ist bei EU-Bürger weiterhin sehr hoch. Unter Migranten aus EU-Ländern sind nicht nur gut ausgebildete Fachkräfte, sondern auch Menschen die als Ungelernte bei den Landsleuten einfachen Tätigkeiten nachgehen. Sie arbeiten in Haushalten, Hotels, in der Gastronomie oder auf Baustellen. Oft werden niedrige Löhne vereinbart und die Arbeitnehmer schamlos ausgebeutet. Um dagegen zu wirken wurde eine intensive Aufklärungsarbeit geleistet.

Aktive Netzwerkarbeit und Kooperation mit städtischen Einrichtungen wurde gewährleistet. Die Mitarbeiterin begleitete die Klienten häufig zur Vorsprache und erleichterte somit die Klärung komplexer Sachverhalte.

5. Bevölkerungsentwicklung und Arbeitslosenquoten in Ludwigshafen und Frankenthal:

Nach der letzten Statistik der **Stadt Ludwigshafen** für das Jahr 2018 lebten im Jahr 2018 insgesamt 175.700 Einwohner in Ludwigshafen. Der Migrantenanteil erreichte mit 47.127 Personen ein Plus von 2836 Personen gegenüber 2017.

Die größten Gruppen der sog. „aufhältigen Ausländer waren nach der o.e. Statistik der Stadtverwaltung Ludwigshafen für das Jahr 2018:

Ausländische Bevölkerung	2018	2017
Stadt insg.	47.127	+2836
Türken	9.450	+440
Italiener	6.212	+3
Bulgaren	4.030	+374
Rumänen	2.923	+349
Polen	2.589	+8

Serben, Montenegriner und Kosovaren	2.134	+124
Griechen	2.132	+46
Kroaten	2.113	+292
Syrer	2.039	+309
Ungarn	1.601	+76
Sonstige Staatsangehörigkeiten	11.904	+815

Arbeitslosenquote

Ende 2018 lag die Arbeitslosenquote in der Stadt Ludwigshafen bei 7 % bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen, mit einer Quote von 43,2 % Ausländern. Für den Rechtskreis SGB III waren es 2,2 %, mit einer Quote von 37,1 % Ausländern (Quelle: Auszug aus dem Arbeitsmarktreport, zugesandt am 09.01.2019)

Standort Frankenthal:

Einwohnerzahl: 48.958 Personen (Stichtag 31.12.2018)

davon 8.848 AusländerInnen, darunter:

- türkische Staatsangehörige – 1.480
- italienische Staatsangehörige – 1.375
- polnische Staatsangehörige – 890
- rumänische Staatsangehörige – 772
- bulgarische Staatsangehörige – 567
- syrische Staatsangehörige – 472
(Stand 19.11.2018)

Arbeitslosenquote in Frankenthal: 5,8 % aller zivilen Erwerbspersonen

6. Netzwerkarbeit und Kooperationen

Die AWO-Beratungsstelle in Ludwigshafen hat eine Kooperationsvereinbarung mit dem Jobcenter, mit der Arbeitsagentur und der Ausländerbehörde. Darüber hinaus besteht eine enge Zusammenarbeit mit den örtlichen, regionalen Integrationskursträgern. Diese vertraglich geregelte Kooperationsvereinbarung erleichterte die Arbeit mit den städtischen Einrichtungen und Ämtern. Dies war insbesondere im Jahr 2018 von großer Bedeutung. Die Teilnahme an verschiedenen Netzwerktreffen, an den Sitzungen, Arbeitskreisen oder Arbeitsgruppen wurde in regelmäßigen Zeitabständen ermöglicht. Bei solchen Treffen wurden die Aufgabengebiete sowie Handlungsmöglichkeiten der verschiedenen Stellen genauer definiert, Informationen untereinander ausgetauscht und über die neuesten Gesetzesänderungen bezüglich der Zuwanderung auf der Landes- oder Bundesebene berichtet.

Mit der Volkshochschule der Stadt Ludwigshafen, dem CJD, VFBB und dem IB besteht aufgrund der Struktur unserer Klientel eine enge fallbezogene Zusammenarbeit sowohl auf Verwaltungsebene als auch mit den pädagogischen Fachkräften.

Durch eine bereits im Jahr 2012 geschlossene Kooperationsvereinbarung zwischen den Trägern von MBE und JMD in Ludwigshafen (AWO, Caritas und Diakonie), der Stadtverwaltung Ludwigshafen und dem Jobcenter bzw. der Bundesagentur für Arbeit Ludwigshafen/ Vorderpfalz hat sich eine gute, vertrauensvolle Kooperation entwickelt. Die Zusammenarbeit besteht nicht nur in der Bearbeitung von Einzelfällen, es gibt darüber hinaus regelmäßige Treffen in Arbeitsgruppen sowie gemeinsame Fortbildungen.

7. Fortbildungen, Seminare und Fachtagungen

MitarbeiterInnen unserer Beratungsstelle besuchten im Jahr 2018 folgende Veranstaltungen:

28.02.2018	Regionalkonferenz der AWO-Migrationsberatungsstellen in Koblenz
03.und 04.04.2018	Klausurtagung der AWO-Migrationsberatungsstellen in Rheinland-Pfalz, Remagen-Rolandseck
16.03.2018	Fachtagung zum Thema „EU-Recht“, Heinrich-Pesch-Haus in Ludwigshafen
17.05.2018	Hauskonferenz im MGH-Frankenthal
06.06.2018	Regionalkonferenz der AWO-Migrationsberatungsstellen in Koblenz
05.09.2018	Regionalkonferenz der AWO-Migrationsberatungsstellen in Koblenz
12.09.2018	Gemeinsame Fachtagung (Jobcenter / Agentur für Arbeit /Ausländerbehörde Jugendamt und LIGA) zum Thema „Familie“, im IHK-Zentrum für Weiterbildung, in Ludwigshafen
26.09.2018	Gespräch der LIGA-MitarbeiterInnen mit den Stadtratsfraktionen , bei der AWO-Ludwigshafen
18.09.2018	Plenumssitzung des Initiativ Ausschusses für Migrationspolitik in Ludwigshafen
14.11.2018	Teilnahme an der Plenumssitzung des Rates für Kriminalitätsverhütung am in Ludwigshafen.
Seit Dezember 2018	Teilnahme einer Mitarbeiterin am Projekt IWAQS zur Qualitätsverbesserung in der Arbeit mit MigrantInnen in Ludwigshafen
12.12.2018	Regionalkonferenz der AWO-Migrationsberatungsstellen in Koblenz
div. Termine	Supervision für die AWO-Migrationsberatungsstellen, AWO Mainz

8. Personelle Besetzung und Kontaktdaten

Geleitet wird die Beratungsstelle ehrenamtlich von Herrn Holger Scharff,
Vorstandsvorsitzender der Arbeiterwohlfahrt, Stadtkreisverband Ludwigshafen e.V.

Holger Scharff (Vorsitzender)	Telefon	0177 2145868
	Telefax	0621 5292156
	E-Mail	vorstand@awo-lu.de

Buchhaltung und allgemeine Information

Matthias Gärtner (Verwaltung)	Telefon	0621 518015
	Telefax	0621 5292156
	E-Mail	bueror@awo-lu.de

Bürozeiten

Montag bis Freitag	10:00 Uhr bis 12:00 Uhr
	14:00 Uhr bis 16:00 Uhr

MBE - Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (gefördert durch das Bundesministerium des Innern - BMI)

Maria Khanian Lish (Diplompädagogin, M.A.)	Sprachen	Deutsch, Englisch, Türkisch (Französisch)
	Telefon	0621 5292107
	Mobil	0176 845 483 95
	E-Mail	khanian@awo-lu.de

Sprechstunden ohne Terminvereinbarung in Ludwigshafen

Montag	14:00 Uhr bis 16:00 Uhr
--------	-------------------------

sowie nach Vereinbarung

Sprechstunden in Frankenthal, Mehrgenerationenhaus, Mahlastraße 35, 67227 Frankenthal

Dienstags	14:00 Uhr bis 17:00 Uhr
-----------	-------------------------

und nach Vereinbarung

Seçkin Durusoy (Pädagoge, M.A.)	Sprachen	Deutsch, Türkisch
	Telefon	0621 515801
	Mobil	0176 – 845 483 96
	E-Mail	durusoy@awo-lu.de

Sprechstunden ohne Terminvereinbarung in Ludwigshafen

Freitag	10:00 Uhr bis 12:00 Uhr
---------	-------------------------

sowie nach Vereinbarung

Sprechstunden in Frankenthal, Mehrgenerationenhaus, Mahlastraße 35, 67227 Frankenthal

Dienstag	10:00 Uhr bis 12:00 Uhr
----------	-------------------------

sowie nach Vereinbarung

**MFD - Migrationsfachdienst und Asylverfahrensberatung
(gefördert durch das Land Rheinland-Pfalz)**

Ekaterine Degen (Germanistin, M.A.)	Sprachen	Deutsch, Russisch, Georgisch, Englisch
	Telefon	0621 511706
	Mobil	0176 – 845 483 94
	E-Mail	degen@awo-lu.de

Sprechstunden in Ludwigshafen
Dienstag 10:00 Uhr bis 12:00 Uhr
sowie nach Vereinbarung

Sprechstunden in Frankenthal (Dathenushaus)
Montag 10:00 Uhr bis 12:00 Uhr
Dienstag 15:00 Uhr bis 17:00 Uhr
Donnerstag 15:00 Uhr bis 17:00 Uhr
(Dienstag nur mit Termin)

**Migrationssozialarbeit
(gefördert durch die Stadtverwaltung Ludwigshafen)**

Shpresa Cellmer (Sozialberaterin)	Sprachen	Deutsch, Albanisch
	Telefon	0621 5292047
	Handy	0176 – 845 483 97
	E-Mail	cellmer@awo-lu.de

Sprechstunden
Dienstag 10:00 Uhr bis 12:00 Uhr
sowie nach Vereinbarung

An dieser Stelle danken Vorstand und MitarbeiterInnen der Arbeiterwohlfahrt, Stadtkreisverband Ludwigshafen e.V., allen ihren Förderern und KooperationspartnerInnen für Ihre Unterstützung und vertrauensvolle Zusammenarbeit im Jahr 2018.

In besonderem Maße möchten wir uns wie immer auch bei den Menschen bedanken, die als BrückenbauerInnen, ehrenamtliche HelferInnen, als Nachbarn oder Bekannte die Ratsuchenden in unsere Beratungsstelle begleitet haben. Wir haben immer wieder beeindruckende Persönlichkeiten kennenlernen dürfen und viel Hilfsbereitschaft und echte Freundschaften zwischen Alteingesessenen und Neuzuwanderern erlebt, die Hoffnung machen.

Sie und unsere Praktikantinnen und Praktikanten bzw. ehrenamtlichen MitarbeiterInnen haben uns tatkräftig in der Arbeit unterstützt, viele Gespräche mit den Ratsuchenden hätten ohne ihre Hilfe nicht so erfolgreich stattfinden können.

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

